

Michael Müller, Horst Peter

Perspektiven für einen demokratischen Ökosozialismus. Wider die politische Orientierungslosigkeit der Linken

Die Umbrüche in Osteuropa sind unblutig verlaufen: der reale Sozialismus hat abgedankt und Boris Jelzin die allmächtige KPdSU kurzerhand per Dekret verboten. Im Westen ist die Linke bis heute weitgehend sprachlos geblieben, obwohl im Nachtrag zu den Ereignissen im Osten nun im Westen die geistige Guillotine aufgestellt worden ist: Nach dem Zusammenbruch der Systeme Gulag und Stasi soll nicht nur die reale Perversion, sondern auch eine Idee hingerichtet werden. Die Rede ist vom Sozialismus, der einen dramatischen Kurseinbruch hinnehmen muß. Wer setzt jetzt noch auf ihn, wo der Kapitalismus ganz oben notiert und seine Aktionäre gar so dreist sind, die Marktwirtschaft auf dieselbe Stufe zu stellen wie die Demokratie, als quasi unantastbaren Bestandteil jeder demokratischen Ordnung?

Große Teile der politischen Linken sind in die Knie gegangen oder auf der Flucht vor der Wirklichkeit. Die Dauer des Schweigens läßt die Größe der Identitätsprobleme ahnen. Doch wo der Mut zur Gegenrede fehlt, werden die Feiglinge zahlreich. Zur kräftigen Sozialismusschelte fühlt sich jeder geistige Zwerg Manns genug, um zugleich mit triumphaler Gewißheit zu belehren, daß es keine Alternative mehr gebe: Die Systemkonkurrenz sei nur eine kurze Episode gewesen, nun habe das westliche System endgültig gesiegt. Die Geschichte sei an ihr Ende gekommen.

Ehemals Linke, und davon nicht wenige, die sich zuvor als »ganz-links« verstanden haben, unterziehen sich mit verblüffender Flexibilität den geforderten Abschwörritualen und arrangieren sich so schnell, daß nur noch ein ungläubiges Staunen bleibt. Dieser Zeitgeist findet sich mit einem geschichtslosen Pragmatismus ab, vom Golfkrieg bis zur halbherzigen Umweltpolitik, von der Zweidrittelgesellschaft im Norden bis zur Einviertelgesellschaft auf unserem Globus. Wenn das jedoch der Endpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung sein soll, dann kommt bald das wirkliche Ende der menschlichen Geschichte.

Es ist wahr: Im Wettstreit der Systeme hat sich das westliche dem östlichen überlegen erwiesen. Aber sind damit die alten Probleme gelöst oder die neuen Herausforderungen zu bewältigen? Hat sich der Kapitalismus nicht auch bei der Verfolgung falscher Ziele als zweifelsfrei effizienter erwiesen? John LeCarré läßt nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation in »The silent pilgrim« seinen Helden George Smiley ein Fazit ziehen: »Wir haben gewonnen. Vielleicht haben wir auch gar nicht gewonnen. Vielleicht haben die anderen bloß verloren und unsere Schwierigkeiten fangen jetzt erst richtig an, nachdem die ideologischen Fesseln abgestreift sind.«

Der nun weltweit dominierende Kapitalismus sieht sich glänzend bestätigt als das alternativlos überlegene System. Doch beide Systeme waren zwar in ihren Methoden feindlich, aber in den Zielen fast wie Zwillinge. Der Ausgangs- und Zielpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung war für das östliche System der »Knechtschaft des Plans« wie für das westliche System der »Knechtschaft des Marktes« die technische und ökonomische Expansion, und je besser die Entfaltung der Produktivkräfte organisiert wurde, desto erfolgreicher fühlten sich die Systeme.

Oskar Lange hat die Sowjetwirtschaft als die östliche Kopie von Manchester abqualifiziert. Im Westen hat sich wenigstens eine sozialstaatliche Bändigung der Wirtschaftskräfte durch pluralistische Demokratie und soziale Gegenmacht durchgesetzt. Die Zentralverwaltungswirtschaften konnten zwar die industrielle Basis schnell entwickeln, gerieten jedoch nach 1950 immer mehr an die eigenen Steuerungsgrenzen und Ende der 80er Jahre, nachdem alle Reformversuche der früheren Jahrzehnte halbherzig oder erfolglos geblieben waren, in den Zusammenbruch: Eine sich ausdifferenzierende Gesellschaft läßt sich nicht mit der Ideologie einer zentral zu lenkenden Maschine organisieren, erst Recht nicht, soll »der Westen eingeholt und überholt werden.«

Beide Systeme haben die Konsequenzen aus der Entwicklung eines geschichtlich neuartigen Typs von Gesellschaft, der sich mit der großen Transformation zur Industriegesellschaft herausgebildet hat, bis heute nicht ausreichend verarbeitet. Mit ihr vollzog sich eine weltgeschichtliche Zäsur erster Ordnung, und die industrielle Revolutionierung aller gewohnten Produktions- und Lebensverhältnisse wurde zum Ausgangspunkt moderner gesellschaftspolitischer Konzepte. In der »Kritik der Politischen Ökonomie« sieht Karl Marx die umfassende Entfaltung der Produktivkräfte als Grundlage und Voraussetzung für eine weitere Umgestaltung von der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft. Durch die technisch-ökonomische Expansion und die gleichzeitige Steigerung der sozialen Handlungsfähigkeit kollektiver Akteure soll die »alte Gesellschaft durch neue, höhere Produktionsverhältnisse« abgelöst werden.

Die mechanistischen Zukunftshoffnungen durch das Wachstum von Wissenschaft, Technik und Ökonomie wurden zum wichtigsten Bezugspunkt aufklärerischer Zukunftsentwürfe. Tatsächlich hat die industrielle Revolution durch die Anwendung exakter wissenschaftlicher Arbeitsmethoden zu einer Gesellschaft geführt, die permanent über sich hinaustreibt und durch sozial-kulturelle Reformen potentiell gestaltbar wird. Dieser ständige Prozeß der Modernisierung durch Akkumulation und Beschleunigung, die Dynamik von Neuerungen und die Revision vorgefundener Lebensweisen führt zur Rationalisierung und Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme und Handlungssphären, die dabei ein immer größeres Eigengewicht bekommen.

An der »Selbstproduktion von moderner Gesellschaft« (A. Touraine) machen die traditionellen Reformkonzepte die Fortschrittshoffnungen fest. Der Prozeß technisch-ökonomischer Modernisierung ermögliche durch ständige Kapazitätserwei-

terungen eine »progressive Bewegung der Gesellschaft nach vorn«, einschließlich einer höheren Autonomie (Emanzipation) der Individuen. Damit verband sich die Hoffnung, mehr Vernunft in eine Welt von Unsicherheiten, Klassengegensätzen und Kriegen zu bringen. In der Tat konnten durch die gewaltige Steigerung von Optionen im »Jahrhundert der Ökonomie« (E. U. von Weizsäcker) viele Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten überwunden werden.

Die Arbeiterbewegung war (und ist) eine sozial-emanzipatorische Bewegung, ausgerichtet auf kollektives, zweckrationales Handeln zur Beseitigung einseitiger ökonomischer und politischer Macht, um soziale und rechtliche Gleichstellung in der Gesellschaft zu erreichen. Die gemeinsame Klassenlage begründete das Interesse und die Zielsetzung an der reformerischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die sozial-egalitäre Reformpolitik machte es möglich, die heute existierende kulturelle und soziale Ausdifferenzierung der Lebensweisen zu erreichen und damit eine breit angelegte Individualisierung zu beschleunigen. Mit der Herausbildung des Sozialstaates, der auf einem asymmetrischen Klassenkompromiß zur Stabilisierung der ökonomischen Reichtumsproduktion beruht, gelang es, die sozialen Risiken zu begrenzen und individuelle Lebenschancen zu verbessern. Mit seinem Erfolg stellte sich der Sozialstaat jedoch tendenziell selbst wieder infrage, zumal es nicht frühzeitig genug zu einer Reform des Modells kam.

Zugleich wurden aber auch neue Zwänge geschaffen, denn die industrielle Dynamik führt mit zunehmender Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen und mit steigender Autonomie von Teilbereichen nicht nur zu Fortschritt, sondern - zumal unter dem Gesetz der privaten Kapitalverwertung - auch zu großen Integrations- und Koordinationsproblemen und damit zu neuen Instabilitäten und Fehlentwicklungen. Die Folgen sind im Verhältnis

- zur Natur eine ständige »Entgrenzung« der räumlichen und zeitlichen Nutzung sowie eine »Grenzenlosigkeit« in der Erzeugung neuer Stoffe und Produkte und in der Anreicherung von Schadstoffen in den Stoffkreisläufen;

- zur Gesellschaft ein Verlust von »Anschlußfähigkeiten« (K. P. Japp) der Teilsysteme und Individuen durch die Verselbständigung und Autonomisierung gesellschaftlicher Akteure, Organisationen und sozial-kultureller Beziehungen (C. Offe);

- zu den weniger entwickelten Ländern eine Vertiefung der ökonomischen und sozialen Unterschiede, die sich, solange die Industriestaaten ihre (ökonomischen, wissenschaftlichen und politischen) Expansionsinteressen nicht (selbst-) begrenzen, stetig weiter vertiefen und die ökologischen Probleme weiter vergrößern.

Vor allem ökonomisches Handeln wird unter dem Verwertungszwang geradezu schrankenlos in der Verfolgung und Steigerung partikularer Interessen. Die »Rationalisierung der Lebenswelten« (J. Habermas) bewirkt ein »Reflexivwerden« der Kultur, eine Generalisierung von Werten und Normen sowie einen fortschreitenden Prozeß der Individualisierung. Insgesamt führt dies zu der widersprüchlichen Situation, daß die kapitalistische Ökonomie mit ihren weltwirt-

schaftlichen Verflechtungen und der Internationalisierung von Geld- und Kapitalströmen zwar eine qualitativ neue Dimension annimmt, aber dennoch der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der noch immer die gesellschaftliche Entwicklung entscheidend prägt, im Bewußtsein der Menschen an Bedeutung verliert.

Die Freiheitsgewinne durch die Steigerung der Optionen bleiben jedoch für den Einzelnen oft nur fiktiv, weil sie zum einen von der Ausgestaltung der gesellschaftlichen (sozialen, kulturellen und ökologischen) Rahmenbedingungen abhängig sind und zum anderen die Fortschrittsoption durch die Art und den Umfang von Optionsnutzungen wieder aufgehoben werden kann. Fred Hirsch hat dies am Beispiel des Autoverkehrs verdeutlicht: Je mehr Menschen sich gleichzeitig ins Auto setzen, desto weniger kommen sie von der Stelle.

Die bisherigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse sind zum prekären Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung geworden: Die gesteigerte »Rationalität« von Handlungen in Einzelbereichen steht in einem engen Wechselverhältnis zu dem Anwachsen der gesellschaftlichen Koordinations- und Organisationsprobleme. So verfügt die entwickelte Industriegesellschaft durch vielfältige Prozesse sektoraler Optionssteigerung zwar über eine effiziente Industrie und Verwaltung, über ein modernes Kommunikations- und Bildungssystem oder auch über einen hochtechnischen Militärssektor, weist aber als »Gesellschaft insgesamt« einen wachsenden Modernitätsrückstand auf, der umso größer wird, je effektiver sich Teilsysteme und Teilinteressen durchzusetzen verstehen und damit das Defizit an Gesamtrationalität vergrößern.

Diese Steuerungsprobleme nehmen weiter zu mit den Fernwirkungen und Komplexitäten, die einzelne Handlungen mit anderen Bereichen und der Zukunft verbinden. Insofern hat die marxistische Theorie im Grundsatz mit der Einsicht recht, daß es einer politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen bedarf. Doch sie kann mit ihrer laboristischen Strategie keinen Weg zur sozial-ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft anbieten. Es ist eine Tragik, daß die marxistische Variante des Sozialismus genauso verantwortlich für die zerstörerische Folgen des technisch-ökonomischen Fortschritts gemacht werden muß wie der liberale Kapitalismus. Wenn z. B. Karl Marx zutiefst davon überzeugt war, daß die neue Gesellschaft allein dem Menschen, und zwar eindeutig auf Kosten der äußeren Natur, zugute kommen soll, dann sagt dies alles über das Naturverständnis dieser Denkrichtung des Sozialismus - auch im Unterschied zum revolutionären Naturrecht und seiner sozialen Interpretation im Frühsozialismus.

Denn nicht die innere Tendenz zum ökonomischen Zusammenbruch ist das entscheidende Problem der entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft, sondern vielmehr ihre »Übereffizienz« und ihr Wachstum auf Kosten Dritter. Dem entspricht, was heute schon zur Alltagserfahrung geworden ist: Die rastlose Erzeugung immer neuer Produkte und Verfahren, die Verelendung der Entwicklungsländer (und Osteuropas), das industrielle Eindringen in die letzten Zonen der Natur, die Ausbeutung der sozialen Zeitressourcen und die Auflösung sozial-

kultureller Gemeinschaftsbindungen. Vor diesem Hintergrund müssen die gegenwärtigen Trends gesehen werden:

- die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen durch das Abflachen der realwirtschaftlichen Produktion und der Entwertung traditioneller industrieller Sektoren;
- die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den industriellen Zentren und umfassende Rationalisierungsbewegungen durch den Einsatz neuer Techniksysteme mit erheblichen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, staatliche Finanzspielräume und Sozialleistungen;
- die Beschleunigung der Abwärtsspirale aus Armut, Unterentwicklung und Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern. Die große Mehrheit dieser Länder fällt seit den 80er Jahren deutlich zurück, über 1,25 Mrd. Menschen leben heute am Rande oder unterhalb des Existenzminimums;
- das Sichtbarwerden »ökologischer Wachstumsgrenzen«, wobei insbesondere die Anreicherung von Schadstoffen in den Öko-Systemen und die menschenbedingte Mobilisierung von Stoffwechselprozessen zur bedrohlichen Globalisierung der Naturzerstörungen führen;
- die Auflösung sozialer Bindungen und ein Abbau gesellschaftlicher Anschlußfähigkeit, die auch zu individueller Überforderung und einer Zunahme an Aggressivität gegenüber Dritten beitragen.

Hinter diesen Entwicklungstrends stehen drei problematische Sachverhalte:

- (a) Die wachsenden funktionalen Differenzierungen und eigengesetzlichen Selbständigungen, die vor allem von den Interessen der Kapitalverwertung bestimmt werden und den Koordinationsbedarf der Gesellschaft ständig erhöhen - national und global.
- (b) Die schwindende gesellschaftliche und vor allem ökologische Kompatibilität des Gesamtsystems beim Funktionserhalt heutiger Formen von Akkumulation und technischer Expansion. Für eine nachhaltige Entwicklung wird die Fähigkeit zur Umverteilung und zur intelligenten Selbstbegrenzung entscheidend.
- (c) Das große Eigengewicht von Teilinteressen und die Komplexität der gesellschaftlichen Wechselbeziehungen führen zu einer zunehmenden Starrheit des Gesamtsystems, so daß sich mögliche Freiheitsgewinne nicht für alle realisieren lassen und hohe volkswirtschaftliche Kosten immer mehr zur Kehrseite partikularer Vorteile werden.

Diese Probleme stehen in einem engen inneren Wechselverhältnis, so daß sich die Industriegesellschaft in ihrer heutigen Organisation auf einem insgesamt hochgradig riskanten Entwicklungspfad befindet. Die Koordinations- und Kompatibilitätsprobleme führen einerseits in einem immer größeren Umfang zu Immobilität des Gesamtsystems und dadurch andererseits auch zu einer schleichenden Entmachtung von Politik. Unterbleiben schnell eingeleitete und tiefgreifende gesellschaftliche Reformen, wird sogar die »Option« der Selbstvernichtung möglich.

Die entwickelte Industriegesellschaft hat ein hohes Maß an reformerischen Ge-

staltungsnotwendigkeiten, um für einen menschenwürdigen Fortgang der Zivilisation das zusammenzuführen, was zunehmend auseinanderfällt:

- Die Expansion von Wirtschaft und Gesellschaft mit der Gesamtrationalität der gesellschaftlichen Entwicklung (Systemintegration);
- die Individualisierungsprozesse mit der Verantwortung für eine sozial gerechte und demokratische Gestaltung der Lebenschancen (Sozialintegration);
- die Inanspruchnahme der Naturressourcen mit dem Schutz der Ökosysteme (Umweltintegration).

Vor diesem Hintergrund muß auch das Dilemma neokonservativer Politik gesehen werden: Eine Politik, die aus ideologischen Gründen die (unzureichenden) gesellschaftlichen Regulierungsleistungen und staatlichen Ordnungsmechanismen weiter abbauen will, obwohl der Koordinationsbedarf ständig steigt, ist strukturell lösungsunfähig. Es paßt nicht zusammen, kultur- und sozialpolitisch rückschrittlich zu sein, aber wirtschafts-, technologie- und militärpolitisch hemmungslos modernistisch. Das Neue am »neo«-konservativen Gesellschaftsbild ist die nachdrückliche Bejahung der industriegesellschaftlichen Modernisierung auf strikt kapitalistischer Grundlage bei gleichzeitiger Beibehaltung der traditionellen Kritik am Massencharakter der modernen Kultur. Damit hat sich der Konservatismus zwar den veränderten sozialen und ökonomischen Bedingungen der Moderne viel besser angepaßt, als dies seine Kritiker lange Zeit wahrhaben wollten. Dennoch bleibt die grundlegende Widersprüchlichkeit des politischen Ansatzes erhalten: Der zum Scheitern verurteilte Versuch, die sozial-kulturelle Emanzipation von den ökonomischen Prozessen abzukoppeln, um sie zu verhindern, obwohl gerade die kulturelle Modernisierung durch die Entfaltung der modernen Produktionsverhältnisse gefördert wird.

Dieser innere Widerspruch besteht auch bei den ökologischen Anforderungen an die Politik, die industriellen Wachstumsprozesse im Interesse der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zu gestalten und zu begrenzen. Die konservative Politik begreift weder die sozial-kulturellen noch die ökologischen Fragen in ihrem gesellschaftlichen Charakter, sondern versucht die objektiven Gestaltungsanforderungen durch eine »Halbierung« der Moderne (U. Beck) - Bejahung ihrer ökonomischen und Unterdrückung ihrer kulturellen Seite - wegzudrücken und verschärft sie gerade dadurch weiter.

Das Ende der Weltaufteilung in eine westliche und eine östliche Glacis hat die Krise der Akteure und Systeme nicht beseitigt. In den zentralen Zukunftsfragen sind auch im siegreichen Westen keine ernsthaften Konzepte zu erkennen - weder bei der sozial-ökologischen Transformation der Industriegesellschaft, noch für die solidarische Neuordnung der internationalen Wirtschaftsordnung. Die Zeichen stehen schlecht:

Kein westliches Industrieland ist bislang zu einer wirksamen Entschuldung der Entwicklungsländer und einer nennenswerten Umleitung von Kapital und Know how von Nord nach Süd bereit. Das Verhältnis zwischen Bevölkerungsvermehrung und Lebenschancen gerät immer mehr aus dem Lot, auch durch die Zu-

nahme von Armut. In den Industrieländern selbst wird das sozialstaatliche Netz durchlöchert. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreitet bislang unaufhaltsam voran. Keine Regierung eines Industriestaates - und dort liegt die Hauptverantwortung - will ernsthaft noch in diesem Jahrzehnt - und darauf käme es an - ökologisch wirklich umsteuern. Im Gegenteil: Auf internationaler Ebene werden alle notwendigen Vereinbarungen zum Klimaschutz blockiert.

Was begründet vor diesem Hintergrund die tiefe Identitätskrise der politischen Linken, obwohl doch gerade jetzt Reformkonzepte Konjunktur haben müßten? Sie tut sich nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz in einem prinzipiellen wie in einem konkreten Sinne schwer. Obwohl sie in ihrer übergroßen Mehrheit mit den ostdeutschen Apparatschiks der SED nichts gemeinsam hatte, wirkt die kritische Intelligenz ratlos im Umgang mit den veränderten Realitäten. Jedoch bezog sich ihr politischer Referenzrahmen in der Regel - bewußt oder unbewußt - auf die Konflikte zwischen Ost und West, zwischen realem Sozialismus und Kapitalismus. Auch deshalb verkannte sie die Tragweite neuer gesellschaftspolitischer Herausforderungen wie der Ökologiefrage, die weit über die traditionellen Fragestellungen von Macht und Herrschaft und zur sozial-ökonomischen Modernisierung von Gesellschaft hinausreichen und damit bisherige Konzepte in Frage stellen.

Eine wichtige Ursache hierfür ist die (wechselseitige) Abschottung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften. Insbesondere der Erkenntniszuwachs der Naturwissenschaft wurde bis heute weder gesellschaftstheoretisch noch reformpolitisch verarbeitet. Die mechanistischen Vorstellungen von Fortschritt, die allen traditionellen Reformkonzepten zugrundeliegen, spalten den Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft künstlich auf, weil sie die Natur als ein sich selbst regulierendes System verstehen, dessen man sich uneingeschränkt bedienen könne.

Bis heute ist die Ökologiefrage in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension kaum begriffen worden. Die konkreten Aktionen der Umweltbewegung wurden zwar unterstützt und stets auch ihre Wichtigkeit herausgestellt, aber letztlich blieben die Einschätzungen der Ursachen der Naturzerstörung abgeleitet und eingeordnet in die traditionelle Systemsicht. Dadurch wurden sie zum einen nur auf der Erscheinungs- und Aktionsebene wahrgenommen, nicht aber systemisch in ihren Zusammenhängen durchdacht. Zum anderen wurde die Umweltbewegung in erster Linie taktisch - als Bündnispartner mit Masseneinfluß - gesehen, statt sie bei der Entwicklung eines Reformkonzepts des sozial-ökologischen Umbaus zu unterstützen.

Dieses Defizit, das bis heute nicht beseitigt ist, hat seine Geschichte, die z. B. im großen Sammelband zur »Geistigen Situation der Zeit« von 1979 deutlich wird. Im Vorwort schrieb Jürgen Habermas: »Übrigens geht keiner der (32, d. V.) Autoren auf die beiden Dramatisierungsversuche« ein, die seit den 70er Jahren die Öffentlichkeit beschäftigen: »Tendenzwende und ökologisches Krisenbewußtsein«. Und er fügt hinzu: »In diesem Band, so ist mein Eindruck, präsen-

tiert sich die nachdenkliche Linke. « Selbst auf der Jahrestagung 1990 der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« unter dem Generalthema »Modernisierung der Moderne« spielte die gesellschaftstheoretische Einordnung der globalen, vor allem der ökologischen Probleme nur eine untergeordnete Rolle.

Die beiden großen Einschnitte der letzten Jahre, das Ende der Systemkonkurrenz und der Golfkrieg, bei dem es in erster Linie um die Verfügung über billiges Öl, den Schmierstoff des Industriezeitalters, gegangen ist, haben die Orientierungslosigkeit großer Teile der bundesdeutschen Linken und damit des kritischen Geistes in einer erschreckenden Weise deutlich gemacht.

Dabei bauen sich immer deutlicher gewaltige Konflikte vor uns auf, eine »verschmutzte, ökologisch immer weniger stabile, überbevölkerte und in ihrem Reichtum höchst ungleich verteilte Welt« (Bericht der WCED). Auf die rund 1,3 Mrd. Menschen in den Industrieländern (ein Viertel der Weltbevölkerung) entfällt rund 75% der globalen kommerziellen Energienachfrage. Allein in Nordrhein-Westfalen sind mit rund 9 Millionen Fahrzeugen eine halbe Million Autos mehr registriert als auf dem ganzen afrikanischen Kontinent. In über 30 Ländern der Erde sterben mehr als 20% der Kinder vor dem Erreichen des 5. Lebensjahres. Nach Untersuchungen der Welternährungsorganisation FAO hungern ständig über 500 Mio., nach Angaben des Kinderhilfswerks sogar 750 Mio. Menschen.

Diese großen Konflikte bündeln sich in der realen Gefahr einer globalen Klimakatastrophe: Durch die Emissionen aus den Energiedarbietungen und Verkehrsleistungen, der Chemieproduktion und Landwirtschaft sowie der Übernutzung und Versiegelung der Böden und der Rodung der Wälder werden immer mehr wärmestauende Gase in der Troposphäre angereichert und verändern die Chemie und Dynamik der Atmosphäre: Die Temperaturen steigen an der Erdoberfläche und in den ozeanischen Deckschichten, Windgeschwindigkeiten nehmen durch die erhöhte Energiezufuhr zu, Niederschlagsverteilungen verschieben sich, und nicht zuletzt werden auch die Meeresströmungen beeinflusst.

Schon heute hat sich in den nördlichen Breiten das Klima im Winter dreimal schneller verändert, als dies unter Vorsorgegesichtspunkten zu verantworten wäre. Hält der Trend der anthropogenen Eingriffe an, wird die gesamte Bandbreite der Klimaschwankungen der letzten 18.000 Jahre in nur 250 Jahren - von der industriellen Revolution bis zum Ende des nächsten Jahrhundert - zusammengepreßt. Dies würde die Höhe der Temperatur des bisherigen Klimaoptimums weit übersteigen und - was noch bedeutender ist - die Geschwindigkeit der Änderungen würde die Anpassungsfähigkeit der meisten Öko-Systeme schnell überfordern. Die Klimawissenschaft setzt die »kritische Erwärmungsgrenze« bei 1,5° C pro Jahrhundert oder bei 2° C bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts an, aber selbst dieser Wert hätte bereits erhebliche Folgen vor allem für die Lebensbedingungen in den Ländern der tropischen und subtropischen Breiten.

Um eine globale Klimakatastrophe zu verhindern, sind in erster Linie die Industrieländer zu tiefgreifenden Korrekturen in den Wirtschaftsweisen und Lebens-

formen gefordert, zur Reform der Produktionsverhältnisse wie der politischen und kulturellen Verfaßtheit der Gesellschaften. Die Verrottung der Welt kommt nicht naturgesetzlich, sondern weil vor allem die westlichen Industrieländer längst ökologisch bankrott sind, aber nicht die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. So wächst die Gefahr, daß sich ein globales Kalkül durchsetzt, bei dem die, die oben sind, mit allen Mitteln oben zu bleiben versuchen, ohne von denen, die noch unten sind, mit in die Tiefe gezogen zu werden. Der Golfkrieg, der erste Nord-Süd-Krieg um die großen Energiereserven der Welt, war hierfür bereits eine bedrohliche Weichenstellung. Der Krieg hatte eine lange Vorgeschichte, die in den USA viel mit der Unfähigkeit zum Energiesparen und den Interessen der Energiekonzerne zu tun hat.

Diese Gefahren können nicht allein mit der sematischen Umstellung auf eine »ökologische Marktwirtschaft« oder die stetige Steigerung der technischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit gelöst werden. Die Grenzen des Kurierens an den Symptomen durch ein lediglich effizienteres Öko-Management sind längst deutlich geworden: Der neue S-Panzer von Daimler-Benz kann trotz des gewaltigen Werbeaufwands nie zu einem Öko-Auto werden. Trotz Katalysator sind heute schon über 70% des Waldbestandes in der Bundesrepublik erkrankt. Und: obwohl der Katalysator die Stickoxyde zurückhält, ver Hundertfacht er zugleich den Ausstoß von N_2O , der, hält der Trend an, in 50 Jahren ein Schädigungspotential für die Ozonschicht annimmt, das den heutigen Emissionen der FCKW entspricht.

Deshalb sind grundlegende Veränderungen in der Organisation der Gesellschaft notwendig, um den eingeschlagenen Weg grundsätzlich zu korrigieren. Diese Aufgabe hat die Dimension einer neuen gesellschaftlichen Revolution, sie ist nichts weniger als ein »Zivilisationssprung« von der einseitigen Ausrichtung auf die Produktivkräfte, dem Zentralmotor des Industrialismus, hin zu einer solidarischen Kultur mit Mitmensch und Mitwelt durch die Verbindung von sozialer und ökologischer Verantwortung.

Für diese gewaltige Aufgabe, die zerstörerische Seite der Moderne zu bändigen, ist in erster Linie die politische Linke gefordert, deren Antrieb die Umgestaltung der Gesellschaft ist. Sie muß das bisherige Denken in den Kategorien von militärischen Lösungen, von im westlich-kapitalistischen Sinne bornierten ökonomischen Wachstumsinteressen oder von der angeblichen Überlegenheit des Nordens gegenüber dem Süden überwinden.

Das Ende des Ost-West-Konflikts erfordert neue Strukturen einer Weltordnung, die Sicherheit dauerhaft gewährleistet. Sicherheit wird in Zukunft immer weniger militärische Sicherheit sein, sondern die Gewährleistung einer nachhaltigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bei voller Wahrung der Menschenrechte. In diesem Sinne muß auch das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit zu einem kollektiven Regelwerk für eine nachhaltige Entwicklung konzipiert werden. Das setzt eine umfassende Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen voraus.

Eine sozial-ökologische Politik ist keine Ergänzung zu einer ansonsten unveränderten Politik, sondern eine radikale Umgestaltung der Denkweisen und Strukturen. Die Gesellschaft selbst muß wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden, denn nur mit der Einsicht, daß die Lösung der ökologischen Frage als Politik zum Umbau der Gesellschaft konzipiert werden muß, kann eine tatsächliche Wende eingeleitet werden. Auch der Sozialstaat war mehr als der Ausbau der Sozialgesetzgebung, nämlich ein politisches Prinzip zur sozialen Integration der Menschen bei der Organisation der Gesellschaft. Heute muß als erster Schritt zur Verwirklichung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums die Naturpflichtigkeit des Eigentums hinzukommen.

Auch der Westen steht nicht »auf der richtigen Seite«. Im Gegenteil: Wie kaum ein anderes System hat diese Form der »Zivilisation auf Kredit« ihre Zukunftshypothesen verbraucht. Deshalb muß die Machbarkeit einer ökologischen Politik konkret ausgetestet werden. Nur das schafft Glaubwürdigkeit. Der Umbau der Energieversorgung - ein zentrales Feld im Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie - bietet sich hierfür an.

Utopisches Handeln und gesellschaftliche Theorie sind nicht überholt, sondern die einzig reale Alternative zu einer autoritären Zukunft aus Öko-Diktatur oder Öko-Technokratie. Es bleibt bei der Feststellung von Oscar Wilde: »Eine Landkarte, in der das Land UTOPIA nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick.«